

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Mittlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“ und „Illustrierte Unterhaltungsbeilage“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darassalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Sudi und des Wirtschaftlichen Verbandes Nuffi.

Darassalam
11. März 1914

Ercheint
zweimal
wöchentlich.

Bezugspreis:

für Darassalam vierteljährlich 4 Mk., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas vierteljährlich einschließlich Porto 6 Mk. Für Deutschland und sämtliche deutsche Kolonien vierteljährlich 6 Mk. Für sämtliche übrigen Länder halbjährlich 14 ab. Mittlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika, alleinst. bezogen, jährlich 8 Mk. oder 12 Mk. Bestellungen auf die D.-O.-Z. Zeitung und ihre Beilagen werden von der Geschäftsstelle in Darassalam (D.-O.-Z.) und dem Büro in Deutschland, Berlin SW. 11, Defauerstraße 28-29 sowie von sämtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Postanstalten entgegengenommen.

Anzeigengebühren:

für die 6-spaltige Weltzeile 25 Heller oder 50 Pf. Mindestsatz für eine einmaltige Anzeige 3 Mk. oder 1 Mk. Für Familienanzeigen sowie größere Anzeigenaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle in Darassalam und das Büro in Deutschland, Berlin SW. 11, Defauerstraße 28-29 sowie sämtliche größere Annoncen-Expeditionen entgegen.

Telegramm-Adresse für Darassalam: Zeitung Darassalam.

Jahr-
gang XVI.

Nr. 21

Der Abdruck unserer Originalartikel — auch auszugsweise — ist nur mit voller Quellen-Angabe gestattet.

Berliner Telegramme.

Die zweite Lesung des Kolonialtats.

Berlin, den 7. März (W. Z.). Der Reichstag trat in die zweite Beratung des Kolonialtats ein. Der Sozialist Dittmann griff unsere Kolonialpolitik auf das heftigste an und erklärte, dieselbe bedeute Aufrichtung einer Kapitalherrschaft und mite wie ein Tollhansstück an. Erzberger betonte die Unterstützung einer christlichen, nationalen und sozialen Kolonialpolitik und erkannte den steigenden Einfluß des deutschen Marktes sowie die günstige Finanzentwicklung an. Die Erreichung des Tanganikasees sei ein Meisterwerk. Man könne vielleicht jetzt schon die Kolonien zu den Militärausgaben heranziehen. Die Schattenseiten seien die Plantagenwirtschaft sowie die Behandlung der Eingeborenen, die systematisch betrogen würden. Falls hierin keine Milderung eintrete, würden keine Mittel mehr bewilligt werden. Dr. Solf habe in seinem Kampf alle anständigen Deutschen zur Seite. Die Hausklaverei in Ostafrika müsse aufhören, ferner müßten die Missionen zollfreie Einfuhr genießen. Der Nationalliberale Reinath betonte die kolonialen Wirtschaftserfolge und verlangte die Belassung der Diamanteneinnahmen im Schutzgebiet. Ferner sei eine größere Stabilität der Beamtenerschaft erwünscht, sowie Abgrenzung der Zuständigkeit der Missionen, und Ausbau der Rechtsverhältnisse. Er unterstütze die Eisenbahnpolitik, doch dürften die Forderungen nicht zumungunsten der Ansiedler überspannt werden. Die Schutztruppe habe mit den geringsten Mitteln Großes geleistet. Der Fortschrittler Gothein verlangte Selbstverwaltung der Kolonien, die Teilnahme weiterer Kreise an der Gesetzgebung und betonte die Bedeutung der Eisenbahnen. Arendt von der Reichspartei wandte sich gegen die gegenseitige Bekämpfung der Missionen und gegen die Übertreibungen mancher Afrikareisenden. Er wünschte Klärung der Verhältnisse der Regierungs- und Privatärzte. Die Diamantüberschüsse sollten namentlich zum Eisenbahnbau verwendet werden.

Die Rede Solds zur zweiten Lesung des Kolonialtats.

Berlin, 9. März (W. Z.). Im Reichstag fand heute die Fortsetzung der Beratung des Kolonialtats statt. Eine ausführliche Rede Dr. Solds

schilderte die Eindrücke seiner Kolonialreisen. Nur Südwest sei Siedelungskolonie, doch möchte er den anderen die Siedlungsfähigkeit nicht absprechen. Der Reichstag möge in der wichtigen Siedlungsfrage mit der Regierung konform gehen. Solf besprach hierauf die Einzelkolonien. Er sei selten freudiger überrascht gewesen als von der Entwicklung Deutsch-Ostafrikas. Das Land sei trotz der Gummikrisis in erfreulichem Aufschwung begriffen. Die Hauptaufgabe sei die Erweiterung des Bahnnetzes, wodurch eine höhere Entwicklung der Eingeborenkulturen möglich sei. Von den europäischen Kulturen habe er den Eindruck, daß sie gutständen mit Ausnahme der Gummipflanzungen. Besonders gut ständen die Sisalplantagen und die Kaffeepflanzungen am Kilimandscharo und Meru. Das Verdienst der Tanganikabahn gebühre Herrn v. Lindequist und dem Gouverneur von Nechenberg. Auch er wünsche, daß Darassalam Großhafen werde und werde das ergänzte Projekt des Gouvernements dem Reichstage vorlegen. Solf besprach dann eingehend die Bedeutung der neuen Arbeiterverordnung. Nirgends sei eine Entvölkerung nachgewiesen. Er anerkannte die Tätigkeit Vater Bauers. Kamerun werde eine der besten Kolonien werden und Togo ein Musterland. Die Nordbahn sei schnellstens nötig, ihm seien die Kolonien unverkäuflich. (Beifall) Es seien Maßnahmen zur Hebung der Eingeborenkulturen getroffen, der Plantagenbau der Europäer sei jedoch unentbehrlich. Die Verwaltung strebe eine Beseitigung der Hausklaverei an. In höchstens 10 Jahren sei diese Institution verschwunden. Die Beschuldigungen aus Afrika seien übertrieben. Dr. Solf anerkannte die Tätigkeit der Missionen, denen die Gouverneure bei Landkäufen entgegenkommen möchten. Den Anregungen, den Unterricht völlig auf die Missionen zu übertragen, stehe er günstig gegenüber, doch müsse man den Islam in Rechnung stellen. Daher seien die Regierungsschulen beizubehalten. Die Verwaltung behalte auch weiter den Standpunkt der Alkoholstrafe bei. Die Frage eines Oberverwaltungsgerichtes sei noch nicht sprechreif. Zum Schluß sprach Solf seine Verwunderung darüber aus, daß gerade in diesem Reichstag die Stimmung so gegen die Weißen sei. Er hoffe, daß der Reichstag im nächsten Jahre ruhig zühöre, wenn er alles Gute vortrage, was Deutschland seinen Mitbürgern in den Kolonien verdanke. (Beifall). Unter lebhaftem Beifall des Hauses anerkannte Dr. Solf die großen Verdienste der Schutztruppe für Ostafrika.

Oh, Mathias, si facuisses, philosophus mansisses.

Der Zentrumsredner zur Kolonialpolitik, Mathias Erzberger, hat, wie schon seiner Zeit im Haushaltsausschuß so auch jetzt bei der zweiten Lesung des Kolonialtats vor versammeltem Hause des Reichstages und damit vor der Welt erneut die Hauptfragen aufgestellt, die in ihrer allgemeinen Fassung eine schwere Beschimpfung der gesamten deutschen Bevölkerung des Schutzgebietes enthalten. Mit dem so allgemein gehaltenen Satz „Die Schattenseiten unserer Kolonialpolitik seien die Plantagenwirtschaft sowie die Behandlung der Eingeborenen, die systematisch betrogen würden“ werden nicht nur Pfänder, sondern alle Deutschen, mögen sie nun in der Verwaltung oder im wirtschaftlichen Leben im Schutzgebiet tätig sein, getroffen.

So bedauerlich für das Ansehen unseres Schutzgebietes und die gesamte deutsche Kolonialpolitik diese Entgleisung des Herrn Erzberger an sich ist, da ja die weniger unterrichtete große Menge annehmen wird und muß, daß eine Partei von der Bedeutung des deutschen Zentrums nur einen besonders sachkundigen und gut unterrichteten Redner ins Treffen schicken wird, so haben wir in Deutsch-Ostafrika keinen Grund, uns sonderlich über das Gerede des Herrn Erzberger aufzuregen. Seine Vorwürfe treffen uns nicht und sind nur geeignet, einen neuen Beweis dafür zu erbringen, daß der so wort- und stimmbegabte Kämpfer des Zentrums für Kolonialpolitik nichts, aber auch gar nichts von kolonialen Dingen versteht.

Wenn irgendwo in der Welt, so ist in Deutsch-Ostafrika für die Eingeborenen gesorgt. Die Arbeiterverordnung in der Bestimmung sozialer Fürsorge, wie wir sie in Deutschland kaum haben, und diese Arbeiterverordnung wurde im Januar 1913 — wie wir für die Herrn vom Zentrum noch besonders bemerken möchten, also nach dem Regime des Herrn von Nechenberg — von einem Gouvernementsrat einstimmig genehmigt, von dessen 12 außeramtlichen Mitgliedern 10 den Wirtschaftslern, und zwar 6 als Pflanzler und Pflanzungsleiter, angehören.

Wir weisen hier noch weiter daraufhin, daß sich die Wirtschaftler Deutsch-Ostafrikas gar nicht im Unklaren darüber sind, daß auch unter ihnen wie in jedem Stande Elemente vorhanden sind, deren Verhalten manches zu wünschen übrig läßt. Sie haben aber ihrerseits in der Delegiertenversammlung des Wirtschaftlichen Landesverbandes im September 1913 deutlich gezeigt, daß sie von diesen Elementen abrücken, und die Entscheidung, die damals gefaßt wurde (vergl. die D. O. Z. vom 27. September 1913, Nr. 78.), „schärfere Strafbestimmungen gegen Europäer bei Übertretungen gegen die Arbeitergesetzgebungen“ zeigt deutlich, daß die große Masse der Wirtschaftler nur gewillt war, die Verwaltung im Kampf gegen diese Ausnahmeelemente zu unterstützen.

Aber alles dieses hat Herr Erzberger augenscheinlich nicht gelesen, er liest scheinbar nur — lesen muß er ja, da er aus eigener Anschauung nichts kennt — die Briefe, die ihm vor sich oder nicht, auf jeden Fall stark gefärbt diese Ausnahmefälle schildern, und erhebt nun ein Behegeschrei über die Miswirtschaft auf den Pflanzungen und die armen systematisch betrogenen Eingeborenen. Wie brav sind doch dagegen die Missionen! Glaubt Herr Erzberger wirklich, daß dort nicht auch gesündigt wird? Oder hält er es für richtig, wenn die das noch vor knapp Jahresfrist im Mahengebiet geschehen ist, heiratsfähige Mädchen geprügelt und eingesperrt werden, weil sie die ihnen von der dortigen katholischen Mission als Ehegatten zugeordneten „christlichen Jünglinge“ nicht heiraten wollten? Oder